

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 308 | 12/2022-01/2023 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei



PFLEGE =
KOLLAPPS

KRISE IN BILDUNG, PFLEGE,

SOZIALEM – GELD HER!

AUS DEM INHALT

» **Grazer KPÖ-Bürgermeisterin** setzt aufs Bündnis mit Bürgerlichen statt auf Widerstand von unten
Seite 5

» **Krise und Widerstand** in jenen Bereichen, wo unsere Arbeitskraft erzeugt und regeneriert wird.
Schwerpunkt

» Trotz Säbelrasseln der ÖGB-Führung sind die **Kollektivvertragsabschlüsse** weit hinter Möglichem & Nötigem
Seite 6

WER

WIR

SIND



» Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische Linkspartei). Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.

» Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung - und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen - und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.

» Als Sozialist*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.

» Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine

Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsrät*innen Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.

» Wir sind international und Teil der "International Socialist Alternative" (ISA), der Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter*innenbewegung.

» Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam - und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.

» Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.

» Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

TREFFPUNKTE

GRAZ

jeweils Montag, 19:00 Uhr

LINZ

jeweils Dienstag, 18:30 Uhr
Restaurant „Alte Welt“
Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

auf Nachfrage

VÖCKLABRUCK

auf Nachfrage

WIEN

ISA Wien West

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Zypresse“
Westbahnstraße 35A

ISA Brigittenau 1

jeweils Dienstag, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

ISA Brigittenau 2

jeweils Donnerstag, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

Wegen Corona können die Treffen unterschiedlich stattfinden. Aktuelle Infos unter slp.at/kalender, Einwahldaten für Online-Treffen unter slp@slp.at erfragen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion:
Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien
Herstellungs- und Verlagsort: Wien
DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

TERMIN DES MONATS

FRAUENKAMPFTAG 2023

8.3.2023

Internationaler Frauenkampftag:
Schulstreiks, Streiks und Proteste
organisieren

Rosa und ISA mobilisieren, damit der 8.3. endlich wieder ein Frauenkampf-Tag wird. Wenn auch du in deiner Schule, Uni oder Betrieb einen Streik bzw. Protest organisieren willst, melde dich bei: info@nichtmitmir.at.

2023 könnte alles besser werden...

von Sonja Grusch

Der Jahreswechsel bringt traditionell einen Rück- und Ausblick: Beides wirkt düster. 2022 war das Jahr mit Wetter-Extremen, der Ukraine-Krieg begann, die Inflation galoppiert. Die Prognosen für 2023 sind düster, auf allen Ebenen, von Klima über Soziales bis zu Wirtschaft und Krieg. Na Prost, also haben wir nur die Wahl zwischen kurzem kleinem Glück bei einer rauschenden Sylvester-Feier oder Depression, ab ins Bett und Decke drüber?

2022 hat begonnen, was 2023 explodieren kann

Die Realität ist aber doch viel bunter. Überall gärt es und ich bräuchte die ganze Seite, um nur eine Liste der Proteste und Aufstände zu machen, die 2022 stattgefunden haben. Es sind Frauen und Arbeiter*innen und eine zunehmend politische Jugend ist enttäuscht und wütend über das ganze System. Wer in Österreich sehnsüchtig ins Ausland schaut, weil bei uns noch alles "schaumgebremst" stattfindet, sollte nicht vergessen, dass es der berühmte Tropfen ist, der das Fass zum Überlaufen bringt. Die Arbeiter*innenbewegung z.B. in den USA oder Osteuropa schien jahrzehntelang im Dornröschenschlaf und nun gibt es kämpferische Organisationen und Streiks. Auch du kannst für einen (Schul)Streik am 8. März organisieren oder eine Betriebsgruppe aufbauen!

Der russische Revolutionär Lenin schrieb 1915: "Damit es zur Revolution kommt, genügt es in der Regel nicht, dass die 'unteren Schichten' in der alten Weise ‚nicht leben wollen‘, es ist noch erforderlich, dass die ‚oberen Schichten‘ in der alten Weise ‚nicht leben können‘". 2 Jahre später fegte die Russische Revolution die Zarendiktatur hinweg und beendete den Krieg. Es kam zu Revolutionen in vielen Ländern, auch Österreich. Sie scheiterten nicht an der Entschlossenheit der Aktiven,

sondern am Zögern der vermeintlichen Führung, der Sozialdemokratie.

Es wird nicht automatisch morgen zur Revolution kommen. Aber die Zutaten sind überreif. In Regierungen und Wirtschaftsspitzen, die herum-pfuschen, gibt es längst kein Vertrauen mehr. Und die Lage für uns Normalos wird immer unerträglicher. Und das, obwohl es längst die nötige Technologie gibt, um den Klimawandel in den Griff zu bekommen, es genug Nahrung gibt, dass niemand hungern muss und genug von allem, damit niemand arm sein müsste. Aber die Verteilung wird immer ungleicher, die Reichen werden immer reicher.

Es könnte alles so schön sein

Eine friedliche, demokratische Welt ohne Armut, ohne Ausbeutung, ohne Unterdrückung ist eigentlich längst möglich. Der Kapitalismus ist ein System, das sein Ablaufdatum weit überschritten hat und nun vor sich hin rotet - aber nicht friedlich, sondern gefährlich, toxisch für Mensch und Natur. Um die Kluft zwischen dem, was nötig und möglich ist (eine Welt, deren Reichtümer nachhaltig und für alle eingesetzt werden) und dem heute (wo nur einige wenige wirklich von diesen Reichtümern profitieren und die Welt "den Bach runter geht") zu schließen, müssen wir uns organisieren. Weil Petitionen und auch Demonstrationen nicht reichen. Weil Streiks gut sind, aber wir mehr brauchen. Eine sozialistische Organisation wie die ISA ist ein weiterer, nötiger Bestandteil in so einem Prozess, die den Unterschied zwischen Sieg und Niederlage machen kann. Das hat Lenin damals auch gesagt, und da hatte er recht! In diesem Sinn: 2023 soll das Jahr werden, in dem *du* aktiv mit Rosa und der ISA wirst, um den Unterschied zu machen.



Landtagswahlen in Niederösterreich: Im Osten nichts Neues

von Albert Kropf

Am 29. Jänner wählt Niederösterreich. Wird den Meinungsumfragen geglaubt, stehen Gewinnerin und Verliererin schon fest: Landeshauptfrau Mikl-Leitner und die ÖVP. Sie werden die Wahlen gewinnen, aber eine herbe Schlappe einstecken. Im größten Bundesland wird die Regierung nach dem Proporzsystem gebildet. Das heißt ab einer gewissen Anzahl von Abgeordneten sind die Parteien in der Landesregierung vertreten. Also ist wenig Spannung und noch weniger Veränderung zu erwarten.

ÖVP in der Krise

Ähnlich wie in Tirol merkt die ÖVP in Niederösterreich scharfen Gegenwind. Der Grund ist einfach: Politik für die Reichen, völliges Versagen bei Corona und totales Versinken im Korruptionssumpf. Also versucht die ÖVP sowohl im Bund wie auch in den Ländern, die Flucht nach vorne anzutreten. Der Glanz von Sebastian Kurz ist schnell für die ÖVP zum Klotz geworden. Dafür spricht der frühe Wahltermin im Jänner. Offenbar gibt es Befürchtungen, dass da noch mehr kommt. Die Aussagen und Chat-Protokolle von Thomas Schmid zeigen die Tiefe des tatsächlichen Sumpfes. Diese Selbstbedienungs-Mentalität wirkt sich in Zeiten von über 10 % Inflation, Teuerungswelle und allgemeiner Unsicherheit schlecht aus und wirkt auf viele Menschen abstoßend. Leider zeigt sich auch, dass von den Grünen nichts in Sachen Korruption zu erwarten ist. Sie halten die von einem in den nächsten Skandal taumelnde ÖVP an der Regierung.

Politische Blendgranaten, um abzulenken wo es nur geht

So zu tun, als ob man nichts mit der Bundes-ÖVP zu tun hätte, drückt sich

in Überlegungen aus, als „Niederösterreich Partei“ anzutreten. Diese Idee wurde mittlerweile wieder fallengelassen. Wenn der Traiskirchner SPÖ-Bürgermeister Andreas Babler daher meint, dass er schon im Februar auf die katastrophalen Zustände im Flüchtlingslager „seiner“ Stadt aufmerksam machte, aber bis Ende November nichts passiert sei, ist das kein Zufall. Seit Jahren „rittet“ die ÖVP mit der FPÖ im Bereich Rassismus und Ausländerfeindlichkeit um Themenführerschaft und Wähler*innen. Innenminister Karner und seine Vorgänger*in setzen auf eine „Null-Toleranz“ Politik gegenüber Flüchtlingen und Menschen ohne österreichischen Reisepass. Viel Toleranz gibt es aber bei Korruptionsvorwürfen gegen die ÖVP. Da wird bagatellisiert, vertuscht und gelegnet, so lange es geht und Gras über die Sache wächst. Ersteres betrifft mit den Flüchtlingen die Ärmsten der Armen, wie Kinder ohne Schuhe im November im Lager Traiskirchen. Zweiteres ohnehin schon gutverdienende Politiker*innen, die den Hals nicht vollkriegen.

Keine Alternative?

Das Problem der SPÖ ist, dass sie selbst auch wenig Glaubwürdigkeit in Punkto Korruptionsbekämpfung besitzt. Dort, wo sie an der Macht sitzt, ist sie ebenfalls in Skandale verstrickt. Das hat in der Vergangenheit immer wieder auch hohe Gewerkschafts- oder Arbeiterkammerfunktionär*innen betroffen. Auch sie wirken mit ihren abgehobenen Gehältern nicht vertrauenswürdig. Der Kabarettist Dieter Hildebrandt meinte einmal, man könne keine Faust machen, wenn man selbst überall seine Finger drinnen hätte. Das und das Festhalten an der gescheiterten Sozialpartnerschaft erklären den Kuschkurs der Gewerkschaften

gegenüber der eigentlich am Boden liegenden Regierung.

Die wirklichen Verlierer*innen stehen auch in NÖ schon vor der Wahl fest: Die Beschäftigten, Pensionist*innen und Jugendlichen. Wir werden von keiner der zur Wahl stehenden Parteien vertreten. Dazu brauchen wir eine neue Arbeiter*innen-Partei, die nicht nur Krokodilstränen vor Wahlen vergießt, sondern mit einem sozialistischen Programm echten Widerstand gegen die Teuerung organisiert und die Interessen der Menschen abseits des Wahlkampfes vertritt.

Info:

Oft wird als Argument, warum politische Entscheidungsträger*innen gut verdienen erklärt: Damit man die Besten bekomme und sie nicht käuflich würden. Die Wirklichkeit: In Österreich verdienen Politiker*innen sehr gut, können daneben noch Posten in Aufsichtsräten oder Firmen haben. 2021 lag das Durchschnittsgehalt für Angestellte bei knapp der Hälfte des niedrigsten Politiker*innengehalts von 4.614,- Euro (Quelle: finanz.at). Auf der Liste von Politiker*innen unter Korruptionsverdacht: Aktuelle bzw. ehemalige Minister*innen, Kanzler, Vizekanzler...

Statt üppiger Gehälter und Privilegien fordern wir ein Durchschnittsgehalt und jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit von Politiker*innen. Einerseits erleben sie dann, wo uns der Schuh drückt und sollte jemand „gekauft“ werden, kann sie/er abgewählt und ersetzt werden.

Graz: Woran scheitert die KPÖ?

Es kracht in der KPÖ-geführten Stadt Graz früher als gedacht. Ein Leak des Stadtrechnungshofes prognostiziert eine Verdoppelung der kommunalen Schulden bis 2027 auf 3,2 Milliarden Euro und hat eine politische Krise ausgelöst. Natürlich schreien jetzt Bürgerliche und ÖVP am lautesten. Doch Tatsache ist, die schwarz-blaue Stadtregierung davor hat einen Schuldenberg von 1,6 Mrd. aufgebaut.

Trotzdem war es nur eine Frage der Zeit, bis die KPÖ in die Situation kommt, Antworten auf Fragen der Finanzierung finden zu müssen. Wie mit Schulden umgehen? Woher kann eine Stadt Einnahmen lukrieren? Wie geht Umverteilung auf kommunaler Ebene?

Denn ihre Politik ist nicht für die Schulden verantwortlich. Es wurden zwar Straßenbahnen und Gemeindeförderung gebaut, doch dafür wurden sinnlose Prestige-Projekte gecancelt. Die Sozialpolitik bestand bis jetzt vor allem aus Einzelmaßnahmen (Aussetzen von Gebührenerhöhungen) und diversen Förderungen, ohne radikale Verschiebung von Ressourcen



Foto: kpoe.at

zum Ausbau von Pflege, Bildung oder Verbesserung der sozialen Lage. Tatsächlich liegt die Stadtregierung in ihrer realen Politik weit hinter dem Wahlprogramm der KPÖ – und dem was nötig ist – zurück.

Bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege, Ausbau von Kinderbetreuung, höhere Löhne für Beschäftigte, Schaffung von Arbeitsplätzen usw. – um das umzusetzen, bräuchte es einen radikaleren Bruch mit der kapitalistischen Logik und dem, was der rechtliche Rahmen auf kommunaler Ebene hergibt. Doch selbst innerhalb jener gäbe es Möglichkeiten: Von der Erhöhung der Kommunal- und Grundsteuer für Unternehmen über die Einführung von anderen Abgaben, die Reiche und Konzerne zur Kasse bitten, bis zur

Rekommunalisierung privatisierter Bereiche. Auch in der Auseinandersetzung mit Land und Bund beschränkt man sich auf Bitten, anstatt bei den aktuellen Verhandlungen zum Finanzausgleich für mehr Geld für Pflege und Bildung zu kämpfen.

Stattdessen fügt sich die KPÖ der Sparlogik und präsentiert einen Konsolidierungsplan, der auf das Aufschieben von Ausgaben und Investitionen setzt. Gleichzeitig sollen die Gebühren und Öffi-Preise ab Jänner bzw. Sommer wieder normal mit der Inflation erhöht werden (also über 9 %). Kein Wort über Einnahmen, die nicht von der Bevölkerung kommen müssen.

Beispiele sozialistischer Kommunalpolitik

KP-Bürgermeisterin Elke Kahr meinte bei ihrer Wahl, die Grazer Bevölkerung sei ihr Koalitionspartner. Genau das müsste Praxis sein: Mobilisierungen und Streiks, um für die Interessen der Mehrheit und von Beschäftigten zu kämpfen.

Für die KPÖ Graz rächt sich jetzt ihr "wählt uns und wir machen dann für euch". Sie haben zwar Proteste in Pflege und Elementarpädagogik angestoßen, doch ohne Perspektive, den Kampf weiterzuentwickeln. Letztlich nehmen sie Rücksicht auf Koalitionspartner und bürgerliche Parteien statt eine Bewegung von unten aufzubauen.

Kshama Sawant, Stadträtin unserer US-Schwesterorganisation "Socialist Alternative" in Seattle, ist in Folge der Bewegung für den 15-Dollar-Mindestlohn gewählt worden. Sie hat weiter Proteste für eine kommunale Unternehmensteuer, die sozialen Wohnbau finanziert, aufgebaut und gewonnen. Diese Basis ließ zwei Versuche einer Abwahl durch Kräfte der herrschenden Klasse (Immobilienunternehmen, Jeff Bezos und Co.) scheitern.

Der sozialistische Stadtrat im Liverpool der 80er-Jahre hat ungeachtet der Budgetvorgaben der Zentralregierung die Löhne der

Gemeindebediensteten erhöht und leistbare Wohnungen gebaut. Als Premierministerin Thatcher gegen die (von der Vorgängerorganisation der ISA geführte) Stadtregierung vorging, mobilisierte diese die Bevölkerung zur Verteidigung der Errungenschaften.

Weil "Sozialismus in einer Stadt" nicht dauerhaft bestehen kann, bleiben wir nie beim kommunalen Erfolg stehen, sondern verbinden ihn mit dem Kampf für eine Systemalternative.



Wer nicht richtig kämpft, hat schon verloren

von Gerhard Ziegler

Die offizielle Teuerung betrug im Oktober in Österreich 11% nach 10,6% im September. Die bisherigen Lohnabschlüsse liegen klar darunter: Das bedeutet Reallohnverlust, auch wenn die Gewerkschaftsbürokratie die Abschlüsse als Erfolg verkaufen will. Die mageren Ergebnisse sind aber nicht auf mangelnde Kampfbereitschaft der Beschäftigten zurückzuführen. Dort, wo sich die Gewerkschaften gezwungen sahen zu mobilisieren (bei Betriebsversammlungen und Betriebsrätekonferenzen), gab es breite Teilnahme.

- » Beim Warnstreik am 23.11. in den Wiener Ordensspitälern beteiligten sich die Beschäftigten – großteils Frauen – zu fast 100%!
- » Die Gewerkschaften younion und GPA luden die Beschäftigten der öffentlichen und privaten Kindergärten und Horte in Oberösterreich zum gemeinsamen Streik-Workshop. Sie erwarteten 300 Teilnehmer*innen. Gekommen sind fast 600!
- » Der Bahnstreik am 28.11. war der längste seit 1965, solide und österreichweit.

Das Problem: keine bzw. defensive Strategie

Für die Gewerkschaftsführung sind Streiks kein Mittel, um einen Arbeitskampf zu gewinnen, sondern „das äußerste letzte Mittel“, um die Gegenseite

an den Verhandlungstisch zu bringen. Um einen Arbeitskampf, den sie wie der Teufel das Weihwasser fürchten, zu vermeiden, sind sie immer wieder bereit, die Forderungen runterzuschrauben, Streiks hinauszuschieben und faule Kompromisse zu schließen.

Wir haben schon im September („Heißer Herbst heißt kämpfen auf betrieblicher und politischer Ebene“) festgestellt, dass die massive Teuerung endlich ein Ende der traditionellen Sozialpartner-Rituale nötig macht. Eine kämpferische Ausrichtung auf Streiks müsste über Einbindung und Mobilisierung der Basis in den Betrieben rechtzeitig vorbereitet werden. Warum wurde nicht für das Forderungsprogramm der Wiener SWÖ-Betriebsrätekonferenz gekämpft? Warum haben Metaller*innen und Beschäftigte im Sozialbereich nicht gemeinsam gekämpft, sondern jeder für sich alleine? Warum hat die Vida den Bahnstreik nicht mit Massendemonstrationen verbunden? Die Bündelung der Kräfte und gemeinsames Vorgehen (auch bei den Forderungen und beim Verhandeln) würde das Kräfteverhältnis zu Gunsten der Kämpfenden verändern und deren Selbstbewusstsein heben.

Eine solche umfassende Streikbewegung würde die Möglichkeit bieten, „utopisch“ anmutende Forderungen, die jedoch für die Verteidigung und Verbesserung des Lebensstandards der Arbeitenden notwendig sind, gegen den Willen der Unternehmer*innenklasse durchzusetzen. Zu guter Letzt sollte jedes Verhandlungsergebnis den Streikenden zur Urabstimmung vorgelegt werden. Sie müssen entscheiden, ob sie mit dem Ergebnis leben können oder weiterkämpfen.

Aktive Basis = Bessere Abschlüsse

Auffällig ist, dass bisher im SWÖ (obwohl trotzdem ungenügend) höher als im Metallbereich abgeschlossen wurde. Dort ist es rund um linke Betriebsräte und die Basisinitiative „Sozial aber nicht blöd“ (SANB), die von Aktivist*innen der ISA zusammen mit anderen aufgebaut wurde, gelungen, Druck von unten zu erzeugen (Intervention auf der Betriebsrät*innen-Konferenz, Abhaltung öffentlicher Betriebsversammlungen und eine Demonstration im November mit mehr als 3.000 Teilnehmer*innen). Leider blieben diese Mobilisierungen auf Wien beschränkt. Offensichtlich sind durch Corona und die lange Ruhe in diesem Bereich (die letzten KV-Verhandlungen liegen 3 Jahre zurück) die kämpferischen Strukturen in den Bundesländern eingeschlafen und der desaströse Abschluss vor 3 Jahren hat viele demoralisiert. Vor diesem Hintergrund konnte die Gewerkschaftsbürokratie dem Druck der Basis vor allem aus Wien standhalten und neuerlich einen faulen Kompromiss schließen. Aber die Unzufriedenheit mit dem Abschluss ist groß. 13 Mitglieder im Verhandlungskomitee stimmten gegen dessen Annahme.

Zu Redaktionsschluss stehen noch in anderen Bereichen (Warn-)Streiks an. Trotz Streikbereitschaft der Beschäftigten werden wir auch hier Abschlüsse unter der laufenden Inflation durch die Gewerkschaftsführer sehen. Viele werden darüber zu Recht wütend sein. Wir laden alle, der/die mit uns für eine andere Gewerkschaft, eine demokratische und kämpferische, kämpfen wollen dazu ein, mit uns Kontakt aufzunehmen.

“Wir haben nichts zu verlieren als unsere Kettenverträge!”



von Sebastian Kugler,
Universitätsassistent an der Uni Wien

So lautet das – Karl Marx entnommene – Motto der “Initiative Unterbau”, die sich im November an der Uni Wien gegründet hat. Die Basisinitiative organisiert fakultätsübergreifend wissenschaftliches Personal gegen die Missstände bei den Arbeitsbedingungen: Nicht nur wird ein Großteil des Personals nur schlecht bezahlt und teilzeit beschäftigt (soll dafür aber Vollzeit Leistung erbringen) – die UG-Novelle von 2021 führte den berüchtigten §109 ein, laut dem man nur insgesamt 8 Jahre befristet für eine universitäre Institution arbeiten darf. 80% des wissenschaftlichen Personals bekommen jedoch nur solche befristeten Kettenverträge – im Gegensatz zu nur 6% der bundesweit unselbständig Beschäftigten! Das bedeutet in der Praxis: Nach 8 Jahren Berufsverbot am bisherigen Arbeitsplatz, und: Der Bund ist Vorreiter bei schlechten

Beschäftigungsverhältnissen!

Dagegen formiert sich nun Widerstand. “Unterbau” will unbefristete Verträge und bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen. Unter diesem System leiden nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die Studierenden. So erzählte etwa eine Kollegin bei der von “Unterbau” einberufenen Vollversammlung, ein Professor hätte ihr geraten, “höchstens einen halben Tag pro Woche” mit der Vor- und Nachbereitung der Lehre zu verbringen, und den Rest der Zeit ins akademische Rattenrennen zu investieren – das absurde berufliche Pyramidenspiel, in dem nur das oberste 1% Professor*in werden und der Rest ums Auskommen kämpfen muss. Stattdessen braucht es viel mehr Stellen für Lehrende, um statt Massenabfertigung hochwertige Hochschulbildung zu garantieren.

Viele Kolleg*innen diskutieren nun auch einen kollektiven Eintritt

in die Gewerkschaft GÖD – allerdings mit der Forderung, dass diese auch tatsächlich kämpfen soll. Denn nach den Demonstrationen am 30.11. und am 6.12. zum Start der KV-Verhandlungen stehen auch Streiks im Raum. Akademische Beschäftigte in Britannien und Kalifornien haben in diesen Wochen gezeigt, dass Streiks auch hier möglich und effektiv sind; doch sie müssen aktiv und demokratisch organisiert werden, Studierende einbinden und sich mit anderen Teilen des Bildungsbereichs wie Lehrer*innen und Kindergartenpädagog*innen zusammenschließen – Schichten, die selbst beginnen, sich zu bewegen bzw. schon protestiert haben. In so einer Bewegung darf kein Platz für Konkurrenzideologie und Standesdünkel sein – ein gemeinsamer Bildungstreik ist notwendig, um den erforderlichen Druck für echte und dringend nötige Verbesserungen aufzubauen!

Unis ausfinanzieren – aber richtig!

1,2 Milliarden Euro fehlen den Unis laut Rektor*innenkonferenz, um den Betrieb in den nächsten zwei Jahren weiterführen zu können. Zweifelsohne muss eine Bildungsbewegung dieses und noch mehr Geld erkämpfen. Doch wenn dies nur der Aufrechterhaltung des Status Quo dient, ist damit nichts gewonnen.

Die gesamte akademische Welt ist – insbesondere seit dem

Bologna-Prozess – auf gnadenloser Konkurrenz und Profitorientierung aufgebaut: Was im Beruf zählt, ist nicht, wie gut man lehrt oder wie innovativ die Forschung ist, sondern wieviel Geld (“Drittmittel”) man aufstellt. Die Rektorate sind ein zentrales Instrument dieses Systems und stehen nicht an der Seite der Beschäftigten, ebensowenig wie das Bildungsministerium. Geld, das wir erkämpfen,

muss mit einer Demokratisierung der autoritären Strukturen im Unibereich und einem Ende des Prinzips der “unternehmerischen Hochschule” verbunden sein.

All dies sind Forderungen, die grundlegend an der Profitlogik des Kapitalismus rütteln – und letztlich auch nur umgesetzt werden können, wenn wir dieses System als gesamtes bekämpfen.

Wir haben Eine Welt zu gewinnen

von Oliver Giel

Am 4./5. November fand das Diskussions- und Diskussions-Event „Eine Welt zu gewinnen“ der ISA/SLP wieder live statt. Nachdem es zwei Jahre wegen der Pandemie nur online stattfinden konnte, trafen sich in Wien 10 über 70 Mitglieder und Unterstützer*innen von ISA und ROSA sowie Interessierte, um zu diskutieren, sich auf kommende Aktionen, Streiks und politische Entwicklungen vorzubereiten.

Natürlich waren auch Teilnehmer*innen aus verschiedenen Ländern eingeladen: Ann aus Nordirland berichtete über den beeindruckenden Streik der RMT in Britannien und Andy über die politische Situation in Rumänien. Elon aus den USA sprach über die betriebliche Organisierungswelle und über den Kampf der dortigen ISA-Sektion gegen Rassismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit auf der Grundlage der Solidarität der arbeitenden Klasse, die unser Mitglied Kshama Sawant zweimal als ihr politisches Sprachrohr in den Stadtrat von Seattle gebracht hat, was nicht einmal Jeff Bezos verhindern konnte.



Auch unsere Arbeit seit der Ermordung von Zhina Amini zog viele Interessierte an, mehrheitlich Frauen. Aktive aus der Iran-Solidaritätsarbeit beteiligten sich an den unterschiedlichen Workshops und berichteten Freitag Abend über die Bewegung im Iran.

In Workshops diskutierten wir die Kriege in Vergangenheit und Gegenwart, den globalen Rechtsruck und die regelmäßigen, in immer kürzeren Abständen auftretenden Krisen der kapitalistischen Ökonomie. Es wurde herausgearbeitet, dass allen dieser Entwicklungen die Widersprüche einer

globalen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zugrunde liegen, die auf Konkurrenz und Profit aufbaut. Um diese Gesellschaft zu verändern, der wir die Alternative einer Arbeiter*innendemokratie und einer nach Bedürfnissen organisierten Wirtschaft entgegenstellen, wurde anschließend politische Praxis diskutiert. Hierzu gab es Workshops zum Aufbau und Führen von Streiks, den Lehren aus den Revolutionen des 21. Jahrhunderts, und wie wir uns organisieren müssen, um tatsächlich Veränderung zu erreichen.

Bisher größter Protest am 25.11.

von Katja Straka

Am 25.11., am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, beteiligten sich ca. 1.000 Personen an einer von ISA und ROSA initiierten Demonstration in Wien. Auch in Linz haben wir die Demos am 25.11. mit initiiert und in Graz waren wir mit dabei. Insgesamt waren die Proteste damit in Wien, Linz und auch österreichweit die größten am 25.11. bis jetzt. Der Demo-Slogan „Mann tötet nicht aus Liebe – stoppt Femizide“ tonte über die Demoroute vom Handelskai zum Praterstern. Ein zentrales Thema auf der Demonstration war die internationale Solidarität – vor allem mit der Bewegung im Iran aber auch mit dem Widerstand gegen reaktionäre Angriffe wie in den

USA. Auf dem Fronttransparent standen Slogans aus der Bewegung im Iran und Afghanistan „Frau, Leben, Freiheit – Brot, Arbeit, Freiheit“. Als Internationale Sozialistisch feministische Organisation sind wir der Meinung: Das ganze System ist schuldig, deshalb haben wir in unserem Material und auf der Demonstration die Verbindung zu anderen Kämpfen betont, z.B. zu den Protesten und Streiks in stark frauendominierten Berufen wie dem Sozialbereich oder dem Handel und dem Kampf gegen die Inflation allgemein. Wir organisieren uns, um das ganze System zu stürzen, weil Gewalt an Frauen und LGTQB+ untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden ist.



VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 308 | 12/2022–1/2023 | Schwerpunkt

ISA
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE



PFLEGE, BILDUNG, SOZIALES: IM ZENTRUM DER KRISE

von **Anna Hiermann**

Die Situation im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich ist nicht erst seit der Pandemie katastrophal, aber seitdem entwickelt sich in Österreich und international ein regelrechter Notstand. Laut Studie geben 82 % der Wiener Ärzt*innen an, dass es zu Engpässen in der Versorgung der Patient*innen kommt – ähnliches gilt für Schulen, Kindergärten usw. Gleichzeitig nehmen Kämpfe in dem Bereich zu. 2020 zeigte eine Studie, dass es in 80% aller 105 Länder die berichteten Streiks im Gesundheitsbereich gab. Schon vor der Pandemie gab es eine Streikwelle unter Lehrer*innen in den USA und aktuell bereiten sich zehntausende Pfleger*innen in Großbritannien auf Streiks vor. In Myanmar oder im Sudan haben diese

Beschäftigten sogar eine zentrale Rolle in der revolutionären Bewegung gespielt. Auch in Österreich gab es im vergangenen Jahr 2 Betriebsversammlungen der Wiener Elementarpädagog*innen, einen Warnstreik der Krankenpfleger*innen in Linz, Streiks bei den Ordensspitälern sowie zahlreiche große Demonstrationen.

All diese Branchen eint, dass sie gesellschaftlich von höchster Bedeutung sind, jedoch unterfinanziert. Das hat einerseits fatale Auswirkungen auf Patient*innen und die zu betreuenden Menschen. Je schwächer der Sektor, umso mehr wird die Arbeit ins Private (meistens zu Frauen) gedrängt. Das Personal leidet an Überlastung durch zahlreiche Überstunden und einen stressigen Arbeitsalltag. Die Bezahlung ist katastrophal (weil das gesellschaftliche Frauenbild sie noch immer

entwertet) und durch die aktuelle Teuerung kommen viele Beschäftigte kaum noch über die Runden.

Doch was ist der Grund für diese Missstände? Der Kapitalismus basiert auf Profitmaximierung und alles andere, auch das Wohlergehen der Menschen, ist diesem Diktat untergeordnet. Öffentliche Spitäler, Kindergärten und andere Sozial- und Bildungseinrichtungen liefern meist keinen Profit, sondern erzeugen Kosten. Je mehr sich die wirtschaftliche Situation zuspitzt, desto mehr wird versucht, in diesen Sektoren die Kosten zu senken (d.h. zu sparen). Kaum wo zeigt sich das Versagen des Kapitalismus so deutlich und deshalb ist der Widerstand in der Branche auch insgesamt zentral im Kampf um eine Systemalternative.

Gesundheit, Bildung und Soziales geht nur gut ohne Kapitalismus

Die Krise und der Widerstand im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich (Reproduktions- bzw. Carebereich) sind kein Zufall und hängen auch nicht nur mit Corona zusammen. Vielmehr sind sie Symptome der kapitalistischen Krise, die gleichzeitig durch Armut, Krieg und Ausbeutung immer mehr Bedarf an Hilfe und Unterstützung erzeugt und gleichzeitig den Sektor kaputtspart, um Profite zu sichern.

von Martina Gergits

Spätestens seit der Pandemie sollte klar sein, dass es gerade Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich sind, die unsere Gesellschaft am Laufen halten. Die Summe dieser Tätigkeiten, die benötigt wird, um Arbeitskraft zu "produzieren" und zu erhalten, wird als Reproduktion bezeichnet. Es gibt zwei zentrale Formen: Aus vor-kapitalistischen Produktionsformen wurde ein Teil der Reproduktion im Haushalt belassen und ein "traditionelles" Frauenbild einzementiert. 9,7 Milliarden Stunden werden jährlich in Österreich für unbezahlte Tätigkeiten wie Hausarbeit, Kinderbetreuung, die Pflege von Kranken etc. aufgewendet. 2/3 davon leisten Frauen. Während der Corona-Pandemie entsprach die Menge der erbrachten Stunden an unbezahlter Reproduktionsarbeit ca. 42% des BIP, und auch hier wurden 2/3 von Frauen übernommen.

Gleichzeitig wurde im Laufe der Geschichte ein großer professionalisierter Bereich erkämpft - öffentliche Gesundheitsversorgung, Soziale Arbeit, Kinderbetreuung, Pensionen... Auch das Kapital hat immer wieder Interesse an dieser Professionalisierung, um die nötige Menge und Qualität der verfügbaren Arbeitskraft sicherzustellen und Unmut in der Bevölkerung zu vermeiden. Das Verhältnis zwischen bezahlter und unbezahlter Reproduktion war und ist nicht konstant. Die Abhängigkeit des Kapitalismus von der nicht oder unterbezahlten Carearbeit ist eine zentrale Grundlage für sexistische Rollenbilder und Frauenunterdrückung.

**Krise und Reproduktion:
Mehr Bedarf, weniger Angebot**

Aktuell erleben wir eine widersprüchliche Situation: Einerseits führt

die Krise des Kapitalismus dazu, dass immer mehr Menschen auf Hilfe angewiesen sind. Menschen werden älter, was gut ist, aber auch kränker durch die Arbeitssituation und Umweltgifte: Der Pflegebedarf vergrößert sich. Kriege und Klimawandel zwingen Menschen zur Flucht, die Umweltzerstörung produziert Pandemien, immer mehr Armut und ganz allgemein ein System, das krank macht und die diversen Krisen verschärfen sich gegenseitig.

Gleichzeitig führt die krisenhafte kapitalistische Entwicklung dazu, dass genau hier gekürzt wird. Schon seit der Durchsetzung des Neoliberalismus in den 80ern und 90ern wird versucht, durch das Zurückdrängen des Staates zu sparen und neue Bereiche für profitable Investitionen zu erschließen - bisher staatliche Bildungs- und Gesundheitsaufgaben wurden privatisiert. In der Krise 2008 gab es weitere massive Sparprogramme in diesen Bereichen, während Banken mit Steuergeldern gerettet wurden.

Aber obwohl sich die Wirtschaftspolitik der Herrschenden aktuell ändert und die Rolle des Staates wieder wächst, bedeutet das weitere Verschärfung für den Bereich - Geld wird zu Wirtschaftshilfen und Aufrüstung verschoben. Auch während der Pandemie gab es keine Aufstockung des Gesundheitsbudgets. Wir sollten für die systemrelevanten Berufe von Supermarkt bis Krankenhaus klatschen, die Steuergelder flossen in die Taschen der Unternehmen.

46,5 Milliarden Euro hat Österreichs Regierung an Wirtschaftshilfen ausgezahlt bzw. zugesagt. Der Milliardär Benko alleine hat 10,2 Mio.€ für seine Firmen bekommen. Die Ausgaben zur Aufrüstung wurden in

Deutschland über Nacht um 100 Milliarden aufgestockt. Auch in Österreich wächst das Bundesheer-Budget in den kommenden 4 Jahren auf insgesamt 16 Milliarden €, was einer Steigerung von 20%/Jahr entspricht. Für den Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich gibt es trotz katastrophaler Situation kaum nachhaltige Investitionen (die Pflegereform kostet einmalig 800 Millionen).

Die Untätigkeit der Regierenden angesichts des immer schlimmer werdenden Notstandes in Schulen, Pflegeeinrichtungen und Spitälern ist also keine Unfähigkeit, sondern entspricht ihren Interessen. Wenn Personal kündigt, sinken Lohnkosten, gleichzeitig führt die sinkende Qualität dazu, dass Menschen, die es sich irgendwie leisten können, auf private Angebote (Privatversicherung, Nachhilfe usw.) zurückgreifen - eine Privatisierung durch die Hintertür. Eine weitere Folge ist, dass die Arbeit wieder stärker in die Familie verschoben wird. Es ist kein Zufall, wenn sowohl US-Präsident Biden, als auch Chinas Präsident Xi Jinping angekündigt, die „Kernfamilie“ zu stärken. Was



sie damit u.a. meinen, ist die Verschiebung „sozialer“ gesellschaftlicher Aufgaben in den Privatbereich der Familie und damit an Frauen. In Österreich wurden während der Pandemie quasi über Nacht unzählige gesellschaftliche Aufgaben - wie Kinderbetreuung - auf die Familien abgeschoben.

Natürlich ist auch die Politik der Herrschenden nicht frei von Widersprüchen, z.B. fordern Spitzenvertreter*innen aus Wirtschaft und Staat (z.B. AMS-Chef oder Industriellenvereinigung) den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze. Aber sie sind nicht dazu bereit, die dafür notwendige Finanzierung zur Verfügung

For a system that cares (Für ein System das sich kümmert)

Ein Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsystem, in dem tatsächlich die bestmögliche Versorgung und nicht Kosteneffizienz im Mittelpunkt steht, sprengt die Grenzen dieses Systems. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel werfen die Frage auf, wofür unser gesellschaftlicher Wohlstand eingesetzt werden soll: Für die Profite einiger weniger Superreicher oder hochwertige Sorgearbeit. Wir brauchen einen ausfinanzierten öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich, der aus den Profiten und Vermögen der Reichen und der

Wir gründen Gemeinschaftsküchen und öffentliche Speisehäuser, Wasch- und Reparaturanstalten, Krippen, Kindergärten, Kinderheime, Erziehungsinstitute[...] Dadurch wird die Frau von der alten Hausklaverei und jeder Abhängigkeit vom Manne erlöst.
- Lenin

zu stellen und im Endeffekt überwiegt ihr kurzfristiges Profitinteresse. Das Interesse nach langfristiger Sicherung von Arbeitskräften sollen andere zahlen. Auch bei der Pflege-reform (und anderen "Reformen") sehen wir diese Tendenz: Zusätzliches Geld ist nicht mal ein Tropfen auf den heißen Stein und gleichzeitig wird eine Verschiebung ins Private bzw. an noch schlechter bezahlte

migrantische Arbeitskräfte gefördert. Im Kapitalismus bleibt es ein grundlegender Widerspruch:

Das Profitinteresse steht der Versorgung von Alten, Kranken, Armen immer diametral gegenüber.

Konzerne bezahlt wird. Und die Entscheidungen über diese Bereiche müssen von Vertreter*innen der Beschäftigten, Klient*innen und der Gesamtgesellschaft getroffen werden, nicht von bürgerlichen Politiker*innen oder Unternehmen.

Diese grundlegende Analyse ist notwendig für unsere tagtäglichen Kämpfe: Wir wissen, dass die Herrschenden kein Interesse an Verbesserungen haben und wir jede einzelne erkämpfen müssen. Dass wir nur erfolgreich kämpfen können, wenn wir alle mobilisieren, die auf ein öffentliches Sozialsystem angewiesen sind - d.h. die gesamte Arbeiter*innenklasse. Aber auch, dass wir für ein System, das sich tatsächlich angemessen um Menschen kümmert, mit dem gesamten kapitalistischen System brechen und eine sozialistische Alternative aufbauen müssen - in der die Wirtschaft nach den Interessen der Menschen organisiert wird und der vorhandene Reichtum dementsprechend in das Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsystem und nicht in Raumfahrtmissionen von großwahnsinnigen Milliardär*innen fließt. So schaffen wir auch die Grundlage für die Abschaffung von Frauenunterdrückung und ein System, in dem Menschen tatsächlich entsprechend ihren Bedürfnissen versorgt werden können.



Marx Aktuell: Soziale Reproduktion

Marx hat sich im "Kapital" v.a. mit jenen Bereichen beschäftigt, in denen Mehrwert bzw. Profit erzeugt wurde, beides ist im Bereich der Reproduktion nicht der Fall. Der Bereich war historisch in der proletarischen Frauenbewegung und der frühen Sowjetunion wichtig, zur Befreiung der Frau und zur Einigung der Klasse. Auch wegen der Dominanz stalinistischer Strömungen wurde dieser Bereich in den letzten Jahrzehnten aber kaum behandelt, dabei ist eine marxistische Analyse von Reproduktion zentral, um eine erfolgreiche Bewegung gegen Frauenunterdrückung und Kapitalismus aufzubauen. Auch deshalb widmen sich viele feministischen Strömungen vor allem dieser Frage. Darunter auch die "Social Reproduction Theories" (SRTs), die sich als antikapitalistisch verstehen und korrekterweise zumindest teilweise versuchen, die gesellschaftlichen und materiellen Ursachen zu sehen. Ein Fortschritt gegenüber bürgerlich-feministischen oder postmodernen Ideen, die Ursachen und Lösungen beim Individuum bzw. symbolischen Maßnahmen sehen. Aber die akademische Herangehensweise und die fehlende marxistische Theorie führen auch zu Schwächen. Im sozialistisch feministischen Programm der ISA schreiben wir "wo SRT-Feminist*innen Lücken lassen, sind eine Klassenanalyse des Staates als Instrument der herrschenden Klasse. Sie spielen auch die ideologische Seite sexueller Unterdrückung herunter, z.B. wenn sie die Sexindustrie verharmlosen. Oft verblasst bei ihnen die konkrete revolutionäre Perspektive und v.a. unterschätzen sie die Stärke, die zentrale Rolle und die historische Aufgabe der organisierten Arbeiter*innenklasse. Sie bleiben mit ihren Analysen auf einer theoretischen Ebene, ohne konkrete Kampfperspektiven aufzuzeigen oder zu organisieren. Die Kampfmethoden, die sie ins Zentrum rücken, sind oft kontraproduktiv und keine Grundlage für echte Massenbewegungen." Insofern sind unsere Lösung auch Streiks im Sozialbereich statt Hausarbeitsstreiks und Vergesellschaftung der Hausarbeit statt 50:50 Lösungen im Privaten.





Carevolution, aber wie?

von Jan Millionig, diplomierter Pfleger

Tagtäglich spüren wir, dass das Profitsystem und eine angemessene Versorgung bei Bildung, Sozialem und Gesundheit sich widersprechen. Diese Erkenntnis ist beim Kampf um Verbesserungen zentral.

Betteln bringt nichts

Trotz Gerede von "Systemrelevanz", Klatschen und offensichtlichem Notstand wird Geld lieber in die Wirtschaft gepumpt. Dass die Regierenden trotz eines so akuten Notstandes nicht handeln, ist nichts anderes als fahrlässige Tötung, zeigt aber auch, dass wir von Appellen, Verhandlungen und Co. nichts zu erwarten haben. Sie wissen, was passiert und ignorieren die Zustände – Verbesserungen können wir nur durch massiven Druck von unten erreichen.

Streik ist nötig und möglich

Der gesamte Care-Bereich lebt davon, dass die Arbeit als selbstverständlich angesehen wird. Umso wichtiger sind Streiks: Wir müssen aufzeigen, was passiert, wenn wir die Arbeit nicht machen – das ist unser stärkstes Druckmittel. Gleichzeitig können Beschäftigte im Care-Bereich nicht einfach die Maschine abschalten. Bei Streiks in der Branche müssen wir überlegen, wo wir wie streiken können, um maximale Wirkung zu erzielen, ohne Menschen zu gefährden. Aber das geht nur durch demokratische Organisation, denn Beschäftigte vor Ort wissen am besten, wo und wie sie streiken können. Tatsächlich ist man

überrascht, wie viel Streikwirkung man in unserer Branche entfalten kann: Wenn Elementarpädagog*innen und Lehrer*innen streiken, müssen Eltern zu Hause bleiben, an Krankenhäusern haben wir während der Pandemie genau gelernt, was ein Notbetrieb ist und auch im Geflüchteten-, Wohnungslosen- und Behindertenbereich haben die Kolleg*innen in den letzten Jahren gezeigt, dass Streiken möglich ist.

Mehr von uns ist besser für alle

Doch in einem Bereich, der vor allem Kosten, aber kaum Profite bringt, ist die Wirkung von Streiks natürlich trotzdem begrenzt – z.B. gab es im deutschen Nordrhein-Westfalen einen 11-wöchigen Krankenhausstreik, der zwar Verbesserungen durchsetzen konnte, aber bei weitem nicht alle Forderungen. Auch wenn es wirtschaftliche Folgen hat, wenn Kinderbetreuung oder Krankenversorgung ausfallen, ist es etwas anderes, als wenn eine Produktion stillsteht und Profite ausfallen. Um unsere Kämpfe zu gewinnen, sind wir darauf angewiesen, diese Solidarität und den öffentlichen Druck aufzubauen. Z.B. organisierte unsere deutsche Schwesterorganisation große Demonstrationen und ein Volksbegehren mit, die die Streiks im Berliner Krankenhaus Charité begleiteten – mit dem zentralen Slogan "Mehr von uns ist besser für alle". Demonstrationen sind ein erster Schritt, aber es braucht z.B. Solidaritätsstreiks in anderen Branchen. Und warum nicht – auch Eisenbahner*innen, oder Handelsbeschäftigte profitieren von Verbesserungen im Care-Bereich.

Gewerkschaftsführung ohne Perspektive

Gerade aufgrund des politischen Charakters der Kämpfe im Care-Bereich ist die bürokratische Gewerkschaftsführung so unfähig, diesen Kämpfen eine Perspektive zu geben. Sie fokussieren sich auf ihre Kernschichten wie z.B. die Metallindustrie, Verhandlungen und beschränken sich auf die betriebliche Ebene – das widerspricht den Notwendigkeiten im Care-Bereich. Umso wichtiger ist die Organisierung an der Basis, um einerseits selbst Widerstand und andererseits Druck auf die Gewerkschaftsspitze aufbauen zu können. Und das wirkt: Seit mehr als 10 Jahren kämpft die Basisinitiative "Wir sind sozial aber nicht blöd" gemeinsam mit anderen für einen kämpferischen Kurs im privaten Gesundheits- und Sozialbereich (SWÖ). Natürlich ist noch viel zu tun, aber dass der SWÖ-Abschluss über jenem der Metaller*innen liegt, ist kein Zufall.

Sozialistische Alternative notwendig

Wir können Verbesserungen erkämpfen und trotzdem müssen wir uns bewusst sein, dass es unmöglich ist, alle Wunden zu schließen, die dieses System tagtäglich aufreißt. Die einzige Schlußfolgerung daraus: Wir müssen unsere Kämpfe um Verbesserungen mit dem politischen Kampf für eine grundlegende Systemalternative verbinden – eine demokratisch verwaltete Wirtschaft, wo nicht mehr Profite, sondern menschliche Bedürfnisse bestimmen.

Pseudoradikalität fürs Klima

von Peter Hauer

Fridays for Future (F4F) hat Millionen Menschen auf die Straße bekommen. Regierungen und Kapitalist*innen haben mit leeren Zugeständnissen versucht, der Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Hinwendung zu Parteien wie den Grünen, und die Illusion, dass Institutionen wie UNO oder Gesprächsrunden mit der Politik (z.B. Klimarat) den nötigen radikalen Wandel herbei führen würden, hat vielen in der Bewegung die nötige programmatische Radikalität genommen.

Gleichzeitig brennt das Thema weiter. Der Ruf nach radikaleren Ideen ist verständlich und vor allem auch korrekt. Doch wie sieht diese "Radikalität" aus? Viele Schlagzeilen haben die Aktionen in Museen und das Festkleben auf Straßen gemacht. Zu den - vermeintlich - radikalsten Aktivist*innen gehören jene von Extinction Rebellion oder der "Letzten Generation" (LG). Für ihre Anliegen (mehr Klimaschutz) haben sie breiten Support von der Bevölkerung, aber für ihre Methoden isolieren sie mehr, als Menschen zu mobilisieren.

Radikal nur in den Methoden, nicht den Inhalten

Der offenbare Schluss, den LG aus F4F gezogen hat, ist, dass man es nicht geschafft hat, die Politiker*innen für die nötige Klimapolitik zu gewinnen. Das Programm wurde daraufhin nochmal mehr zusammengekürzt (ganze 2 Punkte: 1. kein Fracking, 2. Tempolimit von 100km/h) und auf "radikalere" (in Wahrheit nur medienwirksamere) Methoden gesetzt. Das Ziel all dieser Aktionen ist es, von Regierungen (die den Klimawandel seit Jahren verschlafen haben und an der Verschärfung massiv schuld sind) eine Zusage zu bekommen, dass sie die Dringlichkeit verstanden haben.

Die Aktionen (Beschmutzung von Kunstwerken oder Straßenblockaden) haben v.a. das Ziel, dass die führenden Aktivist*innen mit Vertreter*innen der Politik oder Medien quatschen können. Da kündigt man auch mal an, dass es



Aileen Getty (Erbin eines Öl-Tycoons, 1 Mio.), Rory Kennedy (Nichte von JFK, 1 Mio.), Abigail Disney (Disney Konzern, 200.000,-) oder Adam McKay (Hollywood Mogul, 4 Mio) spenden Unmengen an den "Climate Emergency Fund". Davon werden Gründungen von Organisationen, Aktivist*innen, aber auch Strafen bezahlt. Diese Finanzierung steht wohl in Zusammenhang mit dem zahnlosen Programm von Gruppen wie der „Letzten Generation“.

Info

Foto: Steian Müller (climate stuff, 1 Mio views) from Germany, CC BY 2.0

keine weiteren Aktionen geben wird, sobald sie das erreicht haben (Quelle: Talkshow Lanz 09.11.22). Die einzelnen Aktivist*innen mögen es ernst meinen, doch die Aktionen treffen nicht wirklich und passen damit perfekt zur Finanzierung von LG, die nicht unerheblich aus den Taschen der Reichen und Mächtigen kommt (mehr in der Infobox).

Radikal - und notwendig - wäre es, dieses Wirtschaftssystem anzugreifen, das dem Profit alles unterordnet, dem der Klimawandel quasi egal ist. Dazu müssten nicht die Straßen im Berufsverkehr gesperrt, sondern die Profite der Autokonzerne bekämpft werden.

Klassenkampf statt Stellvertretung

Dass viele Klimaaktivist*innen lieber auf die Regierung und nicht auf linke Organisationen oder Gewerkschaften hoffen, hat mehrere Gründe. Einer sind die Illusionen in das kapitalistische System. Eine anderer, dass die

Gewerkschaftsspitzen selbst lange so getan haben, als ob sie das Klimathema nichts angehe und Hand in Hand mit den Konzernspitzen die Lüge von "Job oder Klima" aufrecht erhalten haben. Doch gerade die Klimafrage ist eine, die nicht gelöst werden kann ohne ein anderes System. Die Regierungsparteien aber tun alles, um dieses System zu erhalten, deswegen braucht es eine andere Strategie und Programm.

Es wird ein Programm brauchen, das dort ansetzt, wo wir die Herrschenden tatsächlich zum Handeln zwingen können und zwar eines, das in den Betrieben und beim System selbst anfängt. Und ein solches brauchen die Arbeiter*innen und sie sind gleichzeitig die einzigen, die es erkämpfen können. Stehen die Energiekonzerne, die Autoindustrie und das Transportwesen wegen Streiks still, dann wird es möglich sein, die nötige Veränderung zu erreichen, ohne dass Menschen ihre Jobs verlieren!

Linz:

Chaos oder doch Notwehr der Jugend?

von Nici

Über 200 junge Menschen auf den Straßen von Linz. Manche werfen Steine, andere Böller. Vielmals wurde die Halloween-Nacht in Linz von österreichischen Medien als „Gewaltexzess“ und „Randale“ beschrieben. Was sind die tatsächlichen Hintergründe und warum sind diese komplizierter als sie auf den ersten Blick erscheinen?

Sicher spielten Partystimmung, Gruppendynamik und „Männlichkeit“ eine Rolle und Medien und Politik haben die Situation von Anfang an aufgebauscht, um Stimmung zu machen. Doch schnell wird klar, dass im Kern die Wut auf ein System steckt, das diese jungen Menschen zurücklässt, schikaniert und unterdrückt.

Vom Film Athena inspiriert

Schon einige Tage vor den Ausschreitungen wurde auf Social Media Plattformen dazu aufgerufen, aus Linz „Athena 2.0“ zu machen. „Athena“ ist ein französischer Netflix-Film, in dem sich Jugendliche gegen die Staatsgewalt auflehnen. Hintergrund der gewaltsamen Auseinandersetzungen ist im Film der Mord am Bruder der Hauptfigur durch die Polizei. Auch im Film wehren sich vor allem junge Männer mit Migrationshintergrund gegen die Gewalt und Willkür der Polizei.

Der politische Aspekt

Offensichtlich trifft der Film die Erfahrung, die viele Menschen mit Migrationshintergrund tagtäglich in Österreich machen. Rassistische Diskriminierung durch die Polizei, am Arbeits- und Wohnungsmarkt ist seit Jahrzehnten allgegenwärtig. Es gibt kaum Perspektive auf eine lebenswerte Zukunft. Vor allem junge Männer mit Migrationshintergrund werden

vom Staat pauschal als Bedrohung dargestellt und leiden am stärksten unter permanenter Schikane durch die Polizei.

Also sehr verständlich, dass ein Film, der sich mit Ausgrenzung, Rassismus und (staatlicher) Unterdrückung von migrantischen Menschen beschäftigt, junge Menschen zur Rebellion inspiriert. Die Planung und der Aufruf, an den Aufständen teilzunehmen, ist ein klarer Ausdruck der Wut und Enttäuschung über die Ausgrenzung durch die österreichische Gesellschaft und den Staat.

Die Reaktionen der Regierungsvertreter*innen zeigen gleich nochmal dieses rassistische System und wie egal ihnen die Probleme dieser jungen Menschen sind. Anstatt der Frage nach besseren sozialen Angeboten für Jugendliche oder Auseinandersetzung mit der Perspektivlosigkeit, von der sich viele wohl erschlagen fühlen, kam sofort das „Versprechen“ der Asylaberkennung und Abschiebung sogar in Länder wie Afghanistan oder Syrien. Noch bevor überhaupt klar war, wie sich die Gruppen zusammensetzten, wurde schon zu rechter Hetze gegriffen.

Klar ist: Auf die Herrschenden können sich junge Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch Frauen und queere Personen nicht verlassen. Die Wut gegenüber dem System und staatlicher Gewalt drückt sich allerdings nicht nur in Randalen aus. Auch Black Lives Matter Proteste oder die Auseinandersetzungen am Karlsplatz 2021 zeigen diese Wut. Klar ist auch, dass eine Randalkeine wirkungsvolle Form des Protests ist. Aber durch die Schwäche der Arbeiter*innenbewegung und deren „unsere Leute zuerst“ Politik die dazu führt, dass Nicht-Österreicher*innen nicht als Kolleg*innen, sondern als

Problem gesehen werden und durch die Schwäche der antirassistischen Bewegung gibt es wenig Erfahrung darüber, wie wir uns am besten gegen dieses System wehren können. Es ist die Aufgabe von Sozialist*innen, diesen Kampf zu organisieren. Z.B. hat die ISA (bzw. unsere Vorgängerorganisation die SLP) in Linz Kampagnen gegen rechte Gewalt und die Schließung von Jugendzentren und in Linz und Wels gegen Überwachung und Schikane durch die Stadtwache organisiert. Solche Kampagnen können Ansatzpunkte sein, die berechtigte Wut in wirkungsvollen Widerstand zu verwandeln.

Info

Die Krisen unserer Zeiten treffen die Jungen noch mal härter: Fast jede*r Vierte leidet unter psychischen Problemen, und über 60% der unter 26-Jährigen stehen vor finanziellen Problemen. Die Jugendarbeitslosigkeit stieg während der Pandemie auf das Doppelte und die jungen Menschen, die beschäftigt sind, müssen oft mit schlechten Arbeitsbedingungen, miserablen Löhnen oder befristeter bzw. illegaler Anstellung rechnen.

Besonders die migrantische Bevölkerung wurde von Corona und den Teuerungen noch stärker getroffen: „Eingesperrt“ in kleinere Wohnungen, weniger finanzielle Rücklagen, kaum Rücksichtnahme bei Anti-Pandemie-Maßnahmen.

Gleichzeitig ist in systemrelevanten Berufsgruppen der Anteil migrantischer und junger Beschäftigter überdurchschnittlich – die Berufsgruppen, die jetzt mit Lohnabschlüssen UNTER der Inflationsrate abgespeist werden.

Lula: nur das kleinere Übel

beide Artikel von Nico Rastelli

“Bolsonaro muss gehen”, hört man am Wahltag auf Brasiliens Straßen. Als Lulas Wahlsieg bekannt wird, brechen die Massen in Freudenschreie aus. Ihre Freude gilt aber nicht dem zukünftigen Präsidenten – die meisten feiern nicht den Beginn der Lula-Präsidentschaft, sondern das Ende der Bolsonaro-Zeit. Lula ist kein gefeierter Held, sondern schlicht und einfach das kleinere Übel.

Bolsonaros Amtszeit war geprägt von der beschleunigten Zerstörung der Regenwälder, Angriffen auf verschiedenste Rechte, neoliberaler Politik, einem katastrophalen Umgang mit der Covid-Pandemie, Armut und Hunger: 29% der Bevölkerung kann sich nicht genügend ernähren. Jedoch ist Lula keine wirkliche Alternative – um sich dem brasilianischen Kapital anzubiedern, verbündet er sich mit Rechten, um Bolsonaro-Wähler*innen anzusprechen, äußert er sich gegen Abtreibungsrechte. Seine Geschichte zeigt, wohin es führt, wenn Linke innerhalb der kapitalistischen Logik und mit den Institutionen des bürgerlichen Staates agieren, anstatt auf Widerstand und Organisation von unten zu



Foto: flickr.com | Mídia NINJA

bauen, um echte große Veränderungen anzustreben.

Während Brasiliens Militärdiktatur (1964–85) war Lula im Widerstand tätig und wurde Teil der Arbeitspartei, die ihn 2003 als Präsidentschaftskandidat aufstellte. Zu seiner Amtszeit führte er einige Sozialreformen ein, die sich positiv auswirkten. 2008 verschärfte sich jedoch die wirtschaftliche Lage: Durch die Krise wurde es unmöglich, Reformen für die arme und arbeitende Bevölkerung zu machen, ohne die Besitzverhältnisse in Frage zu stellen. So mussten statt den Reichen die Arbeiter*innen und Armen den Preis für die Krise zahlen. Dazu kamen zahlreiche Korruptions-skandale. Auch heute steht Brasilien

vor einer wirtschaftlichen Katastrophe, deren Kommen durch Covid, den Ukrainekrieg und reaktionäre Angriffe auf die arbeitende Klasse nur beschleunigt wurde.

Nun ist es an Lula, mit der Krise umzugehen. Er hat schon deutlich gemacht, dass er den Interessen des brasilianischen Kapitals treu bleibt, wird also kaum was von Bolsonaros Verschlechterungen zurücknehmen und hat kaum Raum für echte Verbesserungen. Deshalb ist eine unabhängige Massenbewegung der Arbeiter*innen nötig, um ihn dazu zu zwingen, gegen Armut, Hunger, Imperialismus, Femizide, Diskriminierung und Zerstörung der Umwelt vorzugehen.

Der Kampf gegen den Bolsonarismus

Bolsonaro wurde in dieser Wahl knapp besiegt. Doch er und seine Anhänger*innen weigern sich, das Ergebnis anzuerkennen, manche hoffen auf einen Militärputsch. Trotz Lulas Sieg hat Bolsonaro sich eine große Basis an Unterstützern aufgebaut. Die teilweise rechtsextreme und gewalttätige Gefolgschaft von Bolsonaro ist eine ernste Gefahr. Wie die brasilianische Sektion der ISA (LSR – Liberdade, Socialismo e Revolução) anlässlich rechter Strassenblockaden schreibt, wäre es falsch, sich hier nur auf den bürgerlichen Staat zu verlassen: „alle

sozialen Bewegungen [und] Gewerkschaften (...) sollten zu Mobilisierung aufrufen, um Stärke zu demonstrieren, die Freigabe der Straßen zu fordern und die Amtseinführung des neuen Präsidenten zu garantieren“. LSR betont auch die Notwendigkeit einer unabhängigen Partei der Arbeiter*innenklasse, die ihre Wurzeln in den aktuellen Kämpfen mit einem sozialistischen Programm verbindet.

Genau das kann auch Lula dazu zwingen, seine Wahlversprechen einzuhalten, anstatt Politik für die Reichen zu machen. Doch an diesem

Punkt bedeuten alle großen Zugeständnisse für ihn zwangsläufig einen Konflikt mit Kapital oder Imperialismus. Eine breite Arbeiter*innenbewegung wäre nicht nur in der Lage, Rechtsextremismus zu bekämpfen, sondern Lula tatsächlich voranzutreiben und gegen Femizide, für kostenlose und sichere Abtreibungen, für Klimasicherheit und Schutz der indigenen Bevölkerung sowie für riesige Investitionen in den Sozialsektor und Sozialwohnungen zu kämpfen, die dringend benötigt werden.



Iran: Wie bauen wir Solidarität auf?

von Kimi **Aufgaben der Solidaritätsbewegung**

Seit September 2022 protestieren die Menschen im ganzen Iran gegen das mörderische Regime. Frauen, Männer, Jugendliche, Kinder, queere Personen und Kurd*innen gehen gemeinsam auf die Straße und trotzen der Gewalt der Sicherheitskräfte. In Kurdistan schließen sich die Menschen Selbstverteidigungskomitees an. Seitdem haben sich auch immer wieder die Streiks z.B. in der Stahlindustrie, im Bildungsbereich und im Öffentlichen Dienst ausgeweitet. Das zeigt die Möglichkeit eines Generalstreiks und die Notwendigkeit des Aufbaus von Arbeiter*innenräten, um die Kontrolle über Wirtschaft und Gesellschaft wirklich übernehmen zu können und so eine Alternative zur Macht der Mullahs aufzubauen.

Das iranische Regime ist bereit, alles zu tun, um diese Bewegung zu zerschlagen. Massaker richten sich gezielt gegen nationale und ethnische Minderheiten, ganz besonders in den kurdischen Regionen. Grund dafür ist die massive Ausweitung der Proteste in kurdischen Städten im Iran, vor allem im Mahabad – wo Protestierende teilweise die Kontrolle über ihre Städte übernommen hatten. Am 19. November hat Erdogan wieder angefangen, Rojava zu bombardieren, weil auch er die Stärke der kurdischen Freiheitsbewegung zu spüren bekommt. Es ist also kein Zufall, dass Erdogan und das iranische Regime einen koordinierten Krieg gegen diese Bewegungen führen. Beide wollen nicht, dass die Kämpfe sich gegenseitig inspirieren und stärken.

Wir müssen den Kampf auch als unseren Kampf hier in Österreich sehen. Das bedeutet, nicht nur allgemeine Solidarität zu zeigen, sondern den Kampf hier real weiterzuführen: Durch die Brücke zu gewerkschaftlichen und sozialen Kämpfen, die sich gegen die Regierung und Herrschenden hier in Österreich richten. Durch den Kampf um konkrete Maßnahmen, die sich gegen diejenigen richten, die entweder direkt Teil des Regimes sind (z.B. ihre Vermögen in Ländern wie Österreich haben) oder durch Zusammenarbeit mit dem Regime profitiert haben. Auf Initiative von Rosa und ISA wurde z.B. in der Arbeiterkammer Wien eine Solidaritäts-Resolution beschlossen und an den Universitäten Unterschriftenlisten u.A. mit der Forderung nach gleichen Rechten für iranische Studierende hier in Österreich gestartet.

Das sind kleine Schritte, die aber die Solidaritätsbewegung hier in konkrete Bahnen lenken können. Es braucht eine Solidaritätsbewegung von unten, ohne Illusionen in oder Zusammenarbeit mit den herrschenden Institutionen: Getragen von der

Gewerkschafts-, Arbeiter*innen- und Jugendbewegung – von Betriebsrät*innen, Studierenden, Beschäftigten, um zum Beispiel für diese Forderungen zu kämpfen:

- » Die Offenlegung aller Firmenbücher von Konzernen und Firmen, wie der OMV, die mit dem Iran arbeiten und massiv vom iranischen Regime profitieren!
- » Offiziell sind 460 österreichische Firmen im Iran tätig, „Steyr Mannlicher“ (österreichischer Schusswaffenhersteller) verkaufte im Jahr 2004 800 Scharfschützengewehre an die iranische Polizei: Ihre Profite gehören durch die Solidaritätsbewegung beschlagnahmt!
- » Alle Sanktionen, die nur die arbeitende und arme Bevölkerung treffen, gehören sofort aufgehoben!
- » Wenn der österreichische Staat Visa und ähnliches verlangt, gibt er dem iranischen Staat Macht über Menschen, die hier leben und z.B. auch protestieren. Daher: Volle Rechte ohne Einschränkungen!

- » Nutze unsere Texte und die Resolution der Arbeiterkammer Wien: Schick sie über Verteiler und Newsletter aus, hänge am Schwarzen Brett aus, drucke in Schüler*innenn-, Uni- oder Betriebsratszeitung ab.
- » Nutze Betriebsratssitzung, Betriebsversammlung, etc. um zu informieren.

Das kannst du tun:

- » Lehrende können Zeit "spenden" um in Schule/Uni zu informieren. Organisiere eine Diskussion oder auch Veranstaltung.
- » Schreib uns für Unterstützung!

Belgiens Generalstreik braucht mehr

von Lena Goeth

Im Juni entlud sich der Unmut über Teuerung und Arbeitsbedingungen in einer Demonstration mit 80.000 Teilnehmer*innen. Die Gewerkschaften waren durch Druck von unten gezwungen, einen Generalstreik auszurufen, der am 9.11. auch stattfand. Handel und Gastro waren zwar nicht vollständig beteiligt, der Öffentliche Verkehr aber im Notbetrieb. Der Flughafen Brüssel-Charleroi war vollständig außer Betrieb und am Hauptflughafen Brüssel fielen 60% aller Flüge aus. Vor zahlreichen Firmen sammelten sich Streikposten, Putzkräfte versammelten sich an einem der größten Bahnhöfe in Brüssel. Auch viele unorganisierte Beschäftigte schlossen sich der Arbeitsniederlegung an. Die Hafearbeiter*innen drückten ihre Solidarität mit den Niedriglohnsektoren aus. Generell war "Solidarität" ein zentraler Begriff bei den Streikenden.

PSL/LSP (belgische Sektion der ISA) hatte im Vorfeld mobilisiert und war am 9.11. landesweit im Einsatz. Allein in Brüssel waren 34 Genoss*innen



im Einsatz. Studierende führen die Streikposten ab, um unsere Forderungen und Organisierungsvorschläge zu diskutieren. Andere unterstützten Betriebsräte. Selbiges wurde auch in Antwerpen und Gent organisiert.

Doch die Forderungen der Gewerkschaften sind lasch. Angesichts der Teuerung stellte die PSL/LSP die nötigen Forderungen auf, Energiekonzerne unter demokratischer Kontrolle zu vergesellschaften sowie eine Lohnerhöhung von 2€ pro Stunde (ca. 330€ mtl.) durchzusetzen. Auffallend war, dass in der Pharma-, Metall- und Chemieindustrie die Forderungen bzgl. der Energiepreise als wichtiger empfunden wurden, als bei Reinigungskräften sowie im Sozial- und Gesundheitsbereich. In diesen Branchen war

die Lohnerhöhung ein großes Thema.

Eine große Frage begleitet den ganzen Streik: Was jetzt? Im Flugblatt der PSL/LSP steht dazu: "Dieser erste Generalstreik muss in großen demokratischen Versammlungen bilanziert werden, an denen Beschäftigte aus verschiedenen Branchen teilnehmen. Dies ist ein idealer Zeitpunkt, um die Stärken, aber auch die Schwächen des Streiks zu diskutieren, um durch sektorspezifische Forderungen zu verfeinern und Pläne für den weiteren Aufbau der Bewegung zu diskutieren und demokratisch abzustimmen."

socialisme.be

International & queer in Taiwan

von Severin Berger

Wir in Österreich sind es mittlerweile gewohnt, große Pride-Paraden und auch Pride-Proteste im öffentlichen Raum zu sehen. Aber nicht überall auf der Welt ist es möglich, öffentlich Queerness positiv darzustellen – so zum Beispiel in Festland-China, wo es immer wieder zu brutalem Vorgehen gegen queere Menschen seitens des Regimes kommt. In Taiwan wurde erst vor 3 Jahren die gleichgeschlechtliche Ehe legalisiert. Bisher wurde jedoch

verabsäumt, ein Gesetz zu verabschieden, das wirklich eine Gleichsetzung schafft. Diese Probleme wurden, unter anderen, von Aktivist*innen der ISA in Taiwan angesprochen, als sie im November an der Pride in Taipeh, mit mehr als 120.000 Besucher*innen die größte Asiens, und in Kaohsiung, mit etwa 10.000 Menschen, teilnahmen. Die Genoss*innen intervenierten mit einem klaren antikapitalistischen Programm, scharfer Kritik sowohl an der liberalen Regierung Taiwans wie auch der chinesischen Diktatur und

dem Aufruf zur Solidarität mit allen LGBTQI+ Menschen, die in Festland China und Hong Kong verfolgt werden. Besonders durch diesen Aufruf zum internationalen gemeinsamen Kampf stachen sie heraus und schafften es, zahlreiche neue Kontakte zu knüpfen und über 500€ für ihre Arbeit zu sammeln und etwa 100 Magazine zu verkaufen!

chinaworker.info
revolution.tw



Letzter Teil der Artikelserie: Geschichte der österreichischen Arbeiter*innenbewegung

Die Krise der Klasse im Krisenkapitalismus

von Till Ruster

Das Schlagwort der 2000er Jahre war die „Globalisierung“. Auch das österreichische Kapital versuchte, den Anschluss an eine wachsende, internationale Konkurrenz zu halten: Eine Kampfansage an die Arbeiter*innenklasse.

Es gab die großen Angriffe, wie die Pensionsreform der Schlüssel-Regierung oder der 12h-Tag unter Türkis-Blau. Vor Allem gab es „leisere“ Maßnahmen über Jahrzehnte, wie eine stetige Aushöhlung des Kollektivvertrag-Systems (Zerteilung des Metall-KVs in 5 kleinere) oder Schwächung der Betriebsratsstrukturen (durch Leiharbeit oder prekäre Beschäftigung) oder auch eine wirtschaftskonforme Gleichschaltung im Bildungsbereich („Bologna-Prozess“, Zentralmatura...). Wirtschaftskrisen wie die von 2009 beschleunigten diese Trends weiter. Natürlich entstand eine Menge Wut bei den Betroffenen und auch immer wieder Widerstand. Massenstreik gegen die Pensionsreform oder die größte Gewerkschaftsmobilisierung seit Jahrzehnten gegen den 12h-Tag waren Highlights. Immer wieder gab es Bildungsproteste mit Schul- und Unistrieks und auch vereinzelt heftigere KV-Konflikte mit kleineren Streiks.

Die Verbürgerlichung der SPÖ ließ Raum für den Aufstieg der FPÖ. Nicht nur deren Hetze provozierte immer wieder linke Bewegungen, verstärkt auch in Solidarität mit oder getragen von Asylwerber*innen. Und gerade in den letzten Jahren spiegeln sich

immer wieder auch die internationalen Bewegungen wie „Black Lives Matter“, feministische Kämpfe oder „Fridays for Future“ in teils riesigen Demos.

Proteste nehmen zu, mehr Menschen sind darin aktiv und die Wut steigt mit der wachsenden Angst vor der Zukunft. Aber diese Kämpfe finden vor dem Hintergrund einer historischen Krise der organisierten Arbeiter*innenbewegung statt. Früher hätte sich zumindest ein Teil dieser Kämpfe auch in der SPÖ gespiegelt. Mitglieder hätten sie dort hineingetragen, Perspektiven und Programm dort diskutiert und versucht, den Bewegungen dort politischen Ausdruck zu verleihen. Die SPÖ war nie eine Kampfpartei, aber doch haben fortschrittliche Jugendliche und Arbeiter*innen oft auf sie orientiert. Doch inzwischen haben Ältere ihr Vertrauen verloren, Jüngere haben die SPÖ schon oft nur als Gegnerin z.B. in Bildungs-, Antirassismus- oder Umwelt- und Klimabewegungen kennengelernt.

Eng verknüpft mit der SPÖ sind die Gewerkschaften, die fast jeden der Angriffe entweder völlig unbeantwortet ließen oder sich nach halbherzigem Kampf geschlagen gaben. Während die SPÖ ihre Mitglieder massenweise verliert, hat die Gewerkschaft ihre zu einer passiven, beitragszahlenden Masse verdammt. Die Führung der Gewerkschaften hält dogmatisch und als letzte der „Sozialpartner“ an dieser gefährlichen Ideologie fest, statt das gigantische Potential an Kampfkraft von offiziell einer Millionen Mitgliedern zu entfesseln. Die Schwäche der Linken in Österreich ist die Schwäche ihrer Organisationen und deren Führung.

Wiederaufbau der österreichischen Arbeiter*innenbewegung

Viele sehen das so und so kam es in den letzten Jahrzehnten immer wieder zu Versuchen, eine Organisation links der SPÖ aufzubauen. Egal ob „Die Linke“, „Wandel“, „Aufbruch“, „Wien Anders“, „Links“ und Andere: Nachhaltig erfolgreich war davon noch keine. Wir haben viele dieser Projekte unterstützt und uns aktiv mit unseren Kräften und Vorschlägen beteiligt. Eine große Schwäche dieser Versuche war bei allen das unklare Verhältnis zwischen Wahlen und sozialen Bewegungen. Stark gepusht vom „Platzhirsch“ KPÖ setzte sich oft ein Verständnis von „Vertretungspolitik“ durch, also „Wählt uns und wir machen das für Euch“, statt einem mobilisierenden, kämpferischen Ansatz. Doch es braucht keine Partei, die etwas „für die Arbeiter*innen“ macht, sondern eine, die Beschäftigte und Jugendliche organisiert. Für uns als ISA ist klar: Das kann eben nicht auf freier Flur oder aus Anlass einer Wahl passieren, sondern muss aus den Kämpfen entstehen, die es inzwischen immer mehr gibt. Abkürzungen funktionieren nicht. Basisorganisationen, wie es sie im Sozial- und Gesundheitsbereich gibt, können dabei ebenso eine Rolle spielen wie Aktivist*innen der Klimabewegung oder feministischen Initiativen und vieles mehr. Das Konzept ist klar: Eine neue Arbeiter*innenpartei muss als Werkzeug für diese Kämpfe verstanden werden. Sie kann über Programmorschläge, als stabiler Sammelpunkt und eben als Dach dieser Bewegungen den Unterschied zwischen Sieg oder weiteren Niederlagen machen.

- » Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- » Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- » Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- » Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- » Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher*innen und Migrant*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- » Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- » Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- » Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- » Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- » Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.
- » Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- » Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.
- » Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- » Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- » Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant*innen, Gewerkschafter*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- » SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter*innen keine Privilegien haben.

Vorwärts-Abo: 24€ | Sozial-Abo: 14€ (für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-Inclusive-Abo: 7€/Monat (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

**VORWÄRTS
ABONNIEREN!**

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 308 | 12/2022–01/2023 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

TEUERUNG, KRIEG, KRISE

– MACHEN WIR WUT ZU WIDERSTAND!

» **Uni-Beschäftigte** gehen auf die Barrikaden, die Studierenden demonstrieren

Seite 7

» Aktivist*innen der „**Letzten Generation**“ machen Schlagzeilen mit ihren Aktionen. Doch wie radikal sind sie wirklich?

Seite 13

» **Der Aufstand im Iran** ist trotz staatlichem Terror noch lang nicht vorbei. Was können wir hier tun?

Seite 16